

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 27

Ersteinigung, Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postbestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Moritzf. 8053

Berlin, den 27. Juni 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 60 Pfennig; für Verbandsmitglieder 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verbandsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 27. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebenso wie die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre machen wir darauf aufmerksam, daß mit Sonnabend, den 26. Juni, das zweite Quartal abgeschlossen ist. Die Abrechnungen sind in der Zeit vom 28. Juni bis 10. Juli fertigzustellen und nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren sofort an die Verbandskasse einzufenden.

Bei der Fertigstellung der Abrechnung bitten wir dringend, beachten zu wollen, daß alle im Laufe des Quartals eingetretenen, zugerechneten und vom Militär zurückgekehrten Mitglieder auf der dritten Seite des Abrechnungsformulars und sofern diese nicht ausreicht, auf Beilage B aufgeführt werden müssen.

Die neuerrichteten Zahlstellen müssen bei der erstmaligen Abrechnung ausnahmslos alle Mitglieder auf der dritten Seite bzw. auf Beilage B aufzuführen.

Sofort Beilagen B an den einzelnen Orten nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, bitten wir solche von uns verlangen zu wollen.

Die im Handbuch gegebenen Anweisungen für die Aufstellung der Abrechnungen, ersuchen wir ganz dringend, aufs sorgfältigste beachten zu wollen.

2. Die Höhe der Anteile, die den Zahlstellen aus den Verbandsbeiträgen zur Bestreitung betrieblicher Ausgaben verbleiben, ist nur aus den Einnahmen der statutarischen Beitragsätze zu berechnen, während die aus der Extrasteuer erzielten Einnahmen ohne jeden Abzug an die Verbandskasse abzuführen sind. Im Ergänzungsbogen zur Abrechnung darf daher unter der Rubrik Beiträge nur die Einnahme aus dem reinen Verbandsbeitrag eingestellt werden, während die Extrasteuer unter der Rubrik Extrabeiträge nach Beitragsklassen geordnet besonders aufzuführen ist. Genau so müssen die Gesamtsummen dann auch in der Bilanz unter Ziffer 2 und 3 getrennt aufgeführt werden.

3. Eine neue Zahlstelle des Verbandes ist mit unserer Zustimmung gegründet worden im

Gau 9 in Greiz.

Die neue Zahlstelle tritt am 1. Juli in Wirksamkeit.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen für die Folge in

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
Altenburg	50 Pf.	25 Pf.
Nischerleben	40 Pf.	20 Pf.
Göttingen	50 Pf.	30 Pf.
Stoburg	10 Pf.	10 Pf.

5. Für die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ muß der Bezugspreis vom 1. Juli dieses Jahres ab von bisher 40 Pf. auf 80 Pf. je Vierteljahr erhöht werden. Wir haben unseren Mitgliedern dieses Blatt bisher noch für den im Jahre 1919 festgesetzten Preis von 40 Pf. geliefert. Infolge der Steigerung aller Druck- und Papierpreise ist der Bezugspreis für uns schon im vorigen Jahre bedeutend erhöht worden und wird dieser jetzt der jeweiligen Preissteigerung entsprechend für jedes Vierteljahr neu festgesetzt. Zurzeit kostet uns jede einzelne Nummer 10,7 Pf. oder jährlich für 26 Nummern 2,78 M., so daß wir bei jedem einzelnen Bezüge jährlich 1,18 M. zulegen mußten, ohne die durch den Versand noch entstehenden Unkosten.

Wir erlauben daher die Kassierer der Gauen und Zahlstellen, sowie alle diejenigen Mitglieder, welche das Blatt durch diese beziehen, zu beachten, daß vom 1. Juli ab für alle bei uns bestellten Exemplare je 80 Pf. vierteljährlich zu zahlen sind.

Die „Frauenzeitung“ erscheint alle 14 Tage und wird durch Vermittlung der Organisation geliefert. Die Zustellung erfolgt immer mit der „Buchbinder-Zeitung“. Für den Eingang des Bezugspreises sind die Gau- und Ortsverwaltungen haftbar.

6. Von der „Betriebsräte-Zeitung“ ist die erste Nummer mit der vorliegenden Buchbinder-Zeitung an alle Zahlstellen verandt worden, die infolge unserer Bekanntmachung in Nummer 16 der Buchbinder-Zeitung Bestellungen aufgegeben haben. Sollten etwa Bestellungen übersehen worden sein, wollen die betreffenden Verwaltungen sich umgehend melden, damit Nachlieferung erfolgen kann. Neue Bestellungen können nur berücksichtigt werden, soweit der Vorrat reicht. Der Verbandsvorstand.

Gewitterfilmung.

Die Signatur der jetzigen Tage ist ungewisser denn je. Nur die eine Tatsache leuchtet aus den trostlosen Wirrwirren unbestreitbar grell heraus, daß die Aussichten der Arbeiterschaft mit jedem Tage schlechter werden. Obwohl man schon seit Monaten damit rechnete, daß der Arbeiterhaushalt wirklich nicht mehr weiter zurückgehen könne, zeigt sich doch jetzt, daß alle dunklen Ahnungen hinter den Erscheinungen der Zeit weit zurückgeblieben sind. Auf allen Gebieten, den wirtschaftlichen sowohl als auch den politischen, türmen sich der Arbeiterschaft Hindernisse entgegen, zu deren Ueberwindung kaum die notwendigen Kräfte aufgeboden werden können. Der Glaube, daß das Glend der Jetztzeit doch endlich sich zum Besseren kehren müßte, hat sich einmal mehr als irrig erwiesen. Nicht besser, schlechter, sehr viel schlechter wird die Welt mit jedem Tag. Alles hat sich jetzt wieder vereinigt, um das winzige Stückchen Ellenbogenfreiheit, das sich die Arbeiterschaft in den Novembertagen 1918 durch ihre Geschlossenheit erobern konnte, zu beschränken, und wenn man genau zusieht, dann zeigt sich, daß unser Leben heute ein ungleich elenderes ist als vor einem Jahr.

Die Ursachen dieser Erscheinungen, die den denkenden Menschen zur Verzweiflung treiben können, sind hier schon oft gewürdigt worden, ihre dauernde Wiederholung vermag an den Zuständen nichts zu ändern. Nach wie vor sehen wir in der Uneinigkeit der Arbeiterschaft die

Hauptschuld. Wer vermöchte einer so großen und sonst so wohldisziplinierten Masse gegenüber, die die Zahl ihrer Anhänger nach vielen Millionen beziffern kann, auch nur im Ernst daran denken, alles Geschehen so gegen diese Masse zu dirigieren, als das jetzt geschieht, wenn man eben nicht allzu sehr auf den Streit innerhalb dieser selben Masse bauen könnte.

Sehen wir uns um im öffentlichen Leben, überall stößt man auf Maßnahmen, die das an sich schon äußerst fragwürdige „Recht“ der Arbeiterschaft noch weiter einschränken sollen. Da ist es denn nicht mehr als natürlich, daß auch wir als Gewerkschafter nicht tatenlos zusehen können, wie unsere Existenz täglich mehr herabgedrückt und unsere Stellung im Wirtschaftsleben immer unhaltbarer wird, gar nicht zu reden von der Bedrückungen und Hemmungen, denen wir auf politischem Gebiet ausgesetzt sind. Der Arbeiter, auch der Gewerkschafter, muß sich mit diesen Dingen beschäftigen, wenn er einen Einfluß auf deren Gestaltung ausüben will. Diese „Politisierung unserer Gewerkschaften“ ist nur zum Teil eine Frucht unserer neuen Zeit, denn politisch-neutral in dem Sinne, wie es uns immer angetrieben wurde, sind wir nie gewesen und wollten und konnten es auch gar nicht sein. Das hohe politische Interesse aber, das heute die Gewerkschaften beherrscht, ist freilich ein wesentlich anderes als das früherer Zeiten, weil eben der Arbeiter als Gewerkschafter heute eine andere Rolle spielt als ehemals. Mehr denn je sind die Gewerkschaften Massenerscheinungen, und mehr denn je wird in der Folgezeit der Gewerkschaftskampf zu einem Kampf größerer Massen werden. Die Unzulänglichkeit der den einzelnen Gewerkschaften zur Abwehr feindlicher Bestrebungen zur Verfügung stehenden Machtmittel verlangt als Ausgleich das Einsetzen größerer Massen, um durch deren gesteigerte Stoßkraft das Defizit an anderen Mitteln zu beheben. Was die deutsche Arbeiterschaft zum ersten Male aus Anlaß des gegenrevolutionären Streichs der Skapulleute im März gezeigt hat, war nur eine Tat. Heute ist die Luft geschwängert mit Zündstoff in so überreichem Maße, daß sie schon morgen zur Explosion kommen kann in Gestalt weiterer solcher Massenbewegungen wie im März.

Den besten Nährboden für diese kritischen Stimmungen hat die elende wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft geschaffen. Alle Welt — auch ein großer Teil der Unternehmer — sieht ein, daß die Arbeiterschaft heute ein Dasein zu führen hat, das wädhlich wenig menschenwürdig ist. Dennoch predigt man dem Arbeiter allenthalben Enthaltensamkeit von allen weiteren Lohnforderungen, verjucht sogar mit dem Lohnabbau zu beginnen. Denn darauf läuft letzten Endes die Proklamation der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hinaus, die diese nach einer Besprechung der Wirtschaftslage am 20. Mai durch die Tageszeitungen gehen ließ. Darin heißt es ganz unerblickt:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält es für ihre dringende Pflicht, den ernstesten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeug-

nisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute flukt überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Gestehungskosten durch weiteres Ansteigen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unvorstellbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugebenemessen nicht gedient. Ihnen, wie der ganzen deutschen Wirtschaft, kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann."

Dass diesen Parolen von den Unternehmerverbänden Beachtung geschenkt wird, haben wir in unserm Bericht in der letzten Zeit genugsam erfahren. Der Deutsche Buchbinderverein, der Verband deutscher Buchbinderbesitzer, der Bund deutscher Buchbinder-Innungen, mit denen sämtlich ein Lohnabkommen zurzeit nicht mehr besteht, handeln danach. In fast allen anderen Gewerben ist das gleiche der Fall. Und wenn in diesen Tagen die deutsche Arbeiterschaft mit dem horrenden Lohnabzug für Steuern bedacht wird, der in der denkbar einseitigsten Form eine Einnahmefunktion mit für die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen darstellt, alle anderen Staatsbürger aber fast ungehört lässt und vor allem die reichsten Leute mit einer im Verhältnis zur Behandlung der Arbeiterschaft geradezu schändlichen Humanität behandelt, dann darf es niemanden wundern, wenn die Empörung unter der Arbeiterschaft mit heißen Klammern zum Ausbruch kommt. So idyllisch dann ist die Arbeiterschaft heute denn doch nicht mehr, daß sie nicht sehe, wie sehr wohl eine allgemeine Preisfestsetzung möglich wäre, auch ohne daß die Löhne zurückgehen bräuchten. Man vergleiche nur die Einnahmen der Unternehmer mit denen der Arbeiterschaft und man wird sehen, welche Riesenerlöse in deren Taschen geflossen sind und noch fließen. Trotz aller Kapitalverwässerungen und Bilanzschiebungen weisen die Geschäftsberichte, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, Millionengewinne auf, in denen sich nur wenige zu teilen haben, sich damit ein gutes Leben vergönnd, während die Arbeiterschaft durch die langen Jahre der Entbehrung gemüht und entervt den Verdienen immer eger schmälern muß. Daß hier einmal eine Explosion eintreten muß, erscheint uns als sicher und auch als notwendig. Und wenn der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes jüngst an die verschiedenen Ministerien herantrat und gegen die immer unerträglicher werdende Verteuerung der Lebensunterhaltskosten einschiedene Verwahrung einlegte mit dem Hinweis darauf, daß schwere Erschütterungen unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens unmittelbar bevorstehen, wenn nicht unverzüglich ein tatkräftiges und fühlbares Eingreifen erfolge durch sofortigen und scharfen Abbau der Preise, dann zeigt sich hierin, daß auch in der Gewerkschaftszentrale diesem Gang der Dinge die notwendige Beachtung geschenkt wird.

Nicht allein, daß durch unzureichende Entlohnung die Stimmung der Arbeiterschaft aufs Aeußerste gereizt sein muß, durch die einseitige Kreise mit ihren Folgen, wie Arbeitslosigkeit in größerem Ausmaß und umfangreicheres Verfürgtarbeiten wird sie wirklich nicht verbessert. Dazu kommen dann noch die Versuche, die gewerkschaftlichen Unterstützungsrichtungen auf die staatlichen Unterstützungszahlungen, namentlich bei Arbeitslosigkeit, in Anrechnung zu bringen. Diese neuerliche Konfiskation vom Arbeitereinkommen gerade dann, wenn die Einnahmequellen versiegen, ist ein Schulbeispiel dafür, mit welcher Nachsicht durch staatliche Gewalten der volkswirtschaftlich wichtigste, aber auch wehrloseste Teil der Staatsbürger behandelt wird. Es ist ein Jammer und ein Standa zugleich, daß solche Dinge unter der Leitung fast renommierter Arbeiterführer möglich sein können. Aber freilich, die Arbeiterschaft ist zu einem Teile nicht frei zu sprechen von der Schuld, solche Zustände mit geschaffen zu haben. Der Ausfall der Reichs-

tagswahlen ist Beweis dafür, daß die Zeichen der Zeit nicht recht verstanden werden. Wäre es anders, dann müßten die Arbeiterparteien die unbedingt und sicher Herrschenden sein. So aber sind unsere geschworenen Feinde oben auf gekommen und es heißt jetzt höflich die Ohren spitzen, sollen wir nicht unter den Schlitten kommen.

Das zielbewußte Arbeiten der zu einer einheitlichen Masse festverbundenen Unternehmerschaft läßt erkennen, daß jene die für sie gute Kriegskonjunktur bis zum äußersten auszunutzen gesonnen ist. Ihr zentralisierter Vorstoß gegen das nicht gerade fette Ergebnis des Betriebsrätegesetzes mit dem Ziel denkbar enger Auslegung der Bestimmungen desselben ist neben der oben zitierten Haltung in der Frage der Lohnserhöhungen ein weiterer Ausfluß dieser Gesinnung. Und wenn dann noch dazu kommen sollte, daß der „Gesekentwurf gegen wilde Streiks“ — der in verlässlicher Form die volle Ausnutzung gewerkschaftlicher Machtmittel unmöglich machen soll — im neuen Reichstag behandelt und angenommen werden wird, dann wären wir glücklicherweise auf einem Niveau angekommen, das sich von dem der Vorkriegszeit höchstens insofern unterscheidet, daß das Odium der Mitschiffe von Vertrauensleuten der Arbeiterschaft — ob mit Recht oder nicht, bleibe zunächst dahingestellt — auf sich haftet.

Aber alle diese Dinge, die doch nur einen kleinen Ausschnitt aus dem wirklichen Geschehen darstellen, lassen genugsam erkennen, wie notwendig eine sehr viel größere Anteilnahme der Gewerkschaften als solche, wie auch der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder am öffentlichen politischen Leben ist und daß diese „Politisierung der Gewerkschaften“ im Zuge der Zeit liegt und die allein mögliche Voraussetzung zur besseren Wahrung der Arbeiterinteressen darstellt. Man sieht ja zur Genüge, wie auch die internationale Gewerkschaftsbewegung immer mehr dazu kommt, auf die praktische Gestaltung Einfluß zu nehmen. Es sei in diesem Zusammenhang nur erinnert an die Haltung der dänischen Gewerkschaften, die den vom dänischen König beabsichtigten Staatsstreik mit einem Generalfreist beantworteten oder an den internationalen Gewerkschaftsbund, der zum Schutze und zur Unterstützung der französischen Gewerkschaften bei der französischen Regierung einen entschiedenen Protest gegen deren Auflösungsandrohungen richtete und jetzt erst wieder durch die Unterstützung des in der Hand eines brutalisierenden Kapitals schmachtenden Arbeitervolkes Ungarns mit Hilfe der von ihm organisierten Modere bewies, wie es ohne Einflußnahme auf die hohe Politik gar nicht mehr geht. Und auch des Eingreifens gegen die organisierte Auswanderung Sowjet-Russlands sei hierbei gedacht.

Alles in allem zeigt sich also, daß eine größere Beachtung der politischen Erscheinungen und Ereignisse immer mehr in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit und auch des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes gezogen wird. Niemand, dem es mit der Vertretung seiner Interessen ernst ist, kann sich dieser Erkenntnis verschließen. Wenn soll sich die Lage der Arbeiterschaft wesentlich bessern, dann müssen die Sturmzeichen beachtet und verstanden werden, was ohne regie Anteilnahme am politischen Leben nicht möglich ist. Dabei bleibt uns — leider — die Aufgabe noch zu sagen, daß infolge der politischen Verpolitisierung der deutschen Arbeiterschaft auf allen Seiten eine gewisse Toleranz geübt werden muß solange, bis unter dem Zwang der Verhältnisse sich die Arbeiterschaft nicht nur — wie jetzt — im Ziel, sondern auch in den Wegen zu diesem Ziel auf einheitlicher Grundlage zusammengefunden haben wird. Möge das bald geschehen, es ist die höchste, allerhöchste Zeit dazu.

Die 2. Sitzung unseres Verbandsbeirats.

Schade-Verbandsvorstand: Die derzeitigen Einnahmen der Verbandskasse vermögen die Ausgaben wohl zu decken, sie sind aber nicht in der Lage, Mittel für wirtschaftliche Kämpfe zu machen. Es ist beabsichtigt, daß im Beirat anwesend die letzte Zeit als die ungünstigste für eine Beitragserhöhung angesehen wird, und es ist nichts neues, daß sich gerade Berlin besonders scharf gegen eine Erhöhung

auspricht. Auch die Haltung des Dresdener Delegierten verwunderte ihn nicht, denn Sachsen sei immer gegen eine Erhöhung gewesen. Um eine Kostensenkung kommen wir trotz allem nicht herum. Wenn unserer Kollegenschaft gesagt wird, daß wir trotz oder richtiger infolge Beitragserhöhung immer vorwärts gekommen sind, wird sie auch diesmal kaum ablehnend verhalten. Er glaube aber auch, daß die oft sehr hohen Lokalbeiträge eine Minderung erfordern müssen. Gegen die Anrechnung der vollen Beitragszahl beim Bezug von Unterhaltungen habe sich glücklicherweise noch niemand ausgesprochen. Diese Aenderung aber bringe der Verbandskasse eine wesentliche Belastung für die eine Deckung geschaffen werden müsse. Für jede Leistung muß die Gegenleistung in Einklang gebracht werden. Daß bei Schaffung von Reichstaxen die vordesertierten Orte immer zunächst einmal gewisse Nachteile tragen müssen, ist eine alte Erfahrung. Es ist aber nicht zu leugnen, daß die Gesamtheit der Kollegenschaft Vorteile gehabt hat. Auch für die vorgeschrittenen Orte handelt es sich nur um eine Ubergangszeit. Unsere Verbandskasse hat auch jetzt schon für wirtschaftliche Kämpfe größere Aufwendungen zu machen, und es ist dringend notwendig, daß nach Mitteln und Wegen gesucht wird, um ihr neue Zuflüsse zu sichern. Er wüßte darum, daß der Beirat der Vorlage des Verbandsvorsandes zustimmen werde trotz der bis jetzt geführten ablehnenden Debatte. Er glaubt nicht, daß die Mitglieder sich so sehr ablehnend verhalten werden, wie es von den Rednern aus Berlin und Dresden dargestellt wird. Wir müssen uns auf monatelange Kämpfe einrichten und uns in dieser Richtung gut ausrüsten.

Wittler-Leipzig: Die Beitragsfrage ist zugegebenermaßen die für uns zurzeit wichtigste. Wenn man die jetzige Lage der Arbeiterschaft ansehe, dann müßte man schon sagen, daß diese eine weitere Belastung nicht tragen könne. Die Arbeiterschaft habe durch die Generalfreistage schon große Opfer auf sich genommen. Der in Leipzig z. B. gezahlte Vorstoß durch die Unternehmer werde jetzt in wöchentlichen Raten in Abzug gebracht. Was nützt uns die Arbeitsgemeinschaft, wenn sie ihre Bestände auf Bezahlung der Generalfreistage nicht durchzusehen vermöge? Redner wendet sich sodann gegen die oben wiedergegebenen Anträge, seine Stellung im einzelnen begründend. Die Erhebung der Eintrittsgelder in Höhe des Wochenbeitrages bedeute nichts anderes, als daß der Neueintretende seinen Eintritt um eine Woche verschiebt. Aber auch an sich müßte in unserem Verbande sparsamer gewirtschaftet werden. Die vielen Reisen des Tarifauschusses seien nicht immer notwendig gewesen, seine Erfolge — zugegebenermaßen wahrscheinlich ohne seine Schuld — gleich Null. Auch dem Beirat soll die Beitragserhöhung einmal die gesteigerten Verwaltungskosten beden und zum anderen auch Mittellagen ermöglichen. Er ist der Auffassung, daß wir vielmehr mit lokalen Kämpfen für die Zukunft rechnen müssen und nicht mit solchen, die über das ganze Reich ausgedehnt werden. Es ist Aufgabe unseres Verbandes, intensiver auf die Bildung eines Industrieverbandes für die gewerbliche Arbeiterschaft hinzuwirken. Das ist dann unser bester Schutz gegenüber dem zentralisierten Unternehmertum. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sehe er noch nicht so sehr schwarz an als mancher andere, und es sei ihm bitter leid, daß er nicht für eine Beitragserhöhung reden könne. Aber hier seien die Verhältnisse härter als unsere Wünsche. Die Arbeitslosenunterstützung dürfe nicht erweitert werden, denn auch in Leipzig werde versucht, diese auf die staatliche Unterstützung anzurechnen. Die Streikunterstützung kann in der Höhe bleiben, wie sie von der letzten Beiratsitzung beschlossen wurde. Auch an den Kosten für die „Buchbinder-Zeitung“ müsse gespart werden. Diese können sehr wohl nur 14tägig und nur wöchentlich erscheinen. Das bringe wesentliche Ersparnisse. Der Angelegenheit könne auch eingeschränkt werden. Die Gratulations- und manche Geschäftsanzeigen sind überflüssig, despat. viele Versammlungsberichte.

Siegler-Heilbronn wendet sich ebenfalls gegen eine Erhöhung der Beiträge, doch solle beim Unterstützungsbeitrag alle geleisteten Beiträge angerechnet werden. Auch die Zahl der Beitragsklassen könne vermindert werden. Der Erhöhung der Invalidenunterstützung stimme er zu. Auch an der „Buchbinder-Zeitung“ könne gespart werden, wenn diese nicht an jedes Mitglied abgegeben wird, sondern wenn immer 2 Mitglieder eine Zeitung erhalten würden. Er habe die Auffassung, daß die „Buchbinder-Zeitung“ leider wenig beachtet werde. Das liege aber nicht am Inhalt der Zeitung.

Frau Kr. y m i n - Verbandsvorstand: Trotz Erhöhung der Beiträge ist unser Verband vorwärts gekommen, und der Beirat sollte auch diesmal nicht engbergzig sein und der Vorlage des Vorstandes zustimmen. Sie begründet die einzelnen Anträge, deren Notwendigkeit damit nachweisend.

Coppert Hannover beantwortet eine Erhebung der Beiträge als notwendig. Er müsse sich über die Ausführungen der Vertreter aus den großen Zählstellen wundern, die dies nicht einsehen wollten. Mit der Vorlage des Vorstandes ist er einverstanden, doch vermisse er schmerzlich, daß nicht auch unsere recht geringe Krankenunterstützung erhöht werde. Mit Idealismus ist in unserer materiellen Zeit nichts anzufangen. Er sei erkrankt, daß alle Kollegen auf die Bezahlung der Generalfesttage so stark gerechnet haben. Er habe das nicht getan und sich auch damit abgefunden. Mit der Vorlage des Vorstandes sei nach seiner Auffassung das äußerste getan, was geübt werden konnte, und er wünsche dringender deren Annahme. Es freue ihn, daß Herr von Weingarten der Invidienunterstützungserhöhung zustimmen wolle.

Sauerstein-Verbandsvorstand: Die Beitragsfrage ist immer die heftigste Streitfrage in unserem Verbande gewesen. In früheren Jahren ist es stets die Provinz gewesen, die gegen eine Erhöhung aufgetreten ist, und es betrifft eigentlich, daß diesmal gerade die Vertreter der größten Zählstellen gegen die Erhöhung sprechen. Vor dem Kriege ist der Beitrag höher gewesen als ein Stundenlohn unserer Mitglieder, jetzt bleibe der Beitrag ganz wesentlich zurück. Das gesunde Prinzip sei, ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu rechnen, wie es schon mehrere Gewerkschaften durchgeführt haben. Es treffe durchaus nicht zu, daß wir für die Folge mit mehr sozialen Differenzen rechnen müssen als mit solchen, die über größere Gebiete sich ausbreiten oder über das ganze Reich. Er glaube vielmehr an das Gegenteil, und dazu ist eine erhebliche Stärkung der Verbandskasse dringend notwendig. Es darf wohl sein, daß von Quartal zu Quartal die Ausgaben der Einnahmen aufzuheben, und deshalb müssen wir die Beiträge erhöhen. Er gebe zu, daß die jetzige Zeit nicht besonders günstig sei, aber das dürfe nicht der Grund sein, jetzt das unbedingt Notwendige nicht zu beschließen. Wenn gesagt wird, daß mit den Verwaltungsausgaben gespart werden müsse, dann ist dem zuzustimmen, aber es werde nach dieser Seite hin schon das Menschennögliche getan. Die von Müller-Loipzig kritisierten Tarifverhandlungen, resp. die dazu notwendigen Reisen des Tarifauschusses werden schon auf das äußerste beschränkt. Aber sie sind notwendig und nicht zu umgehen. Daß diese erhebliche Summen verschlingen, liegt an der Geldentwertung. Vergünstigungen seien diese ganz genügt nicht. Daß bei den Tarifverhandlungen die Großstädter in letzter Zeit etwas zurückstehen mußten, ist zugegeben, aber sie haben das Opfer für die Allgemeinheit gebracht, und für die kommende Zeit wird dieses Zurückbleiben nicht mehr notwendig sein, nachdem die Provinzfolgekasse jetzt in der Lohnfrage einmüßigen nachgeholfen ist. Den Forderungen nach einem graphischen Anstaltsverband sei entgegenzusetzen, daß es gerade dem ständigen Bohren unseres Verbandes zuzuschreiben ist, daß jetzt wenigstens der graphische Bund gebildet wurde. Unser Verbleiben gehe aber noch weiter, da wir auch die Kopfarbeiter zu uns ziehen müssen, wenn der ganze Nützegebiete weiteren Boden gewinnt. Wir gehen politisch und wirtschaftlich schweren Zeiten entgegen, und da heißt es, gerüstet zu sein. Deshalb empfehle er die Annahme der Vorlage des Vorstandes.

Michaelis-Berlin hält es für selbstverständlich, daß auch an den Kosten der Buchbinder-Zeitung gespart werden müsse. Dazu zwingen die außerordentlich hohen Ausgaben für Druck, Papier und Satz der Zeitung. Er glaube aber, daß mit dem Beschluß des Vorstandes, die Zeitung nur vierseitig erscheinen zu lassen, das Menschennögliche getan sei, da damit eine auf 2-400 000 Mk. zu schätzende Ersparnis erzielt werde. Noch weitere Einschränkungen halte er nicht für ratsam, vor allem nicht im Hinblick auf die unsichere politische Konstellation. Niemand kann sagen, ob nicht jetzt eine Zeit kommen werde, in der die Gewerkschaften ihre Zeitungen ganz besonders dringend als Informationsmittel haben müssen. Falls eine bürgerliche Regierung aus Ander kommt, könnten wir es erleben, daß die Arbeiterzeitung noch manchmal zum Einsehen ihrer ganzen Macht werde aufgebieten werden müssen, genau so wie in dem Kapp-Putschtagen. In den Gratulationsangelegenheiten und an den Versammlungsberichten sei die Redaktion nicht schuld, sondern diejenigen Verwaltungen, die solche einfordern. Die Redaktion habe zunächst das Recht der Ablehnung nicht, ihr wäre es aber recht lieb, wenn überhaupt keine Anzeigen aufgenommen zu werden brauchten. Dasselbe sei von einem wesentlichen Teile der Versammlungsberichte zu sagen. Unsere Zählstellen können auch zur Sparsamkeit beitragen, wenn sie ihren Bedarf auf das allerwenigste einschränken würden. Jetzt sei die Auflage der Zeitung um 3000 höher als die Mitgliederzahl. Dies erfordere eine Ausgabe von circa

40 000 Mk. pro Jahr, die nicht zu fein brauchte. Diskutabel sei es auch, aus Sparsamkeitsgründen die der graphischen Verbände eine einheitliche Zeitung mit einem besonderen Teil für die einzelnen Verbände herauszugeben, eine Frage, die im graphischen Bund einmal zur Sprache kommen müßte. Dadurch würde eine starke Zeit- und Geldersparnis bewirkt werden.

v. d. Reith-Magdeburg hält die jetzige Zeit ebenfalls für die ungünstigste für die Durchführung einer Beitragserhöhung. Wenn verlangt werde, daß als Beitrag ein Stundenlohn gezahlt werden solle, dann müsse man prüfen, ob dies dem Arbeiter auch möglich sei. Er bestritte diese Möglichkeit und könne darum einer weiteren Erhöhung der Beiträge nicht zustimmen, und zwar aus besonderer Rücksicht auf die weitere Ausbreitung unseres Verbandes und auf die manchmal nicht schöne Agitation anderer Verbände. Er sei wohl geneigt, über die Höhe der Eintrittsgelder, über die Gebühren für verlorene Mitgliedsbücher und über den Pflichtbeitrag mit sich reden zu lassen. Der Plan des Vorstandes, wieder eine Beitragserhöhung durchzuführen, habe ihn sehr überrascht. Andere Unterstützungen können sehr wohl so bleiben wie sie gegenwärtig sind.

Böcker-Breslau beaufwacht die Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen Lernens der Urabstimmung, die voranzuführen in die geschäftslause Zeit fallen wird.

Sarber-Verbandsvorstand erklärt, daß es nicht angehe, aus der Vorlage des Vorstandes einzelne Teile herauszulassen, ohne auch die Beitragserhöhung zu beschließen. Es sei weiter zu beachten, daß der Beitrag über die Erhöhung der Beiträge nicht zu beschließen habe. Der Vorstand hat beschlossen, daß eine Urabstimmung darüber zu entscheiden habe, der Beitrag solle die Urabstimmung lediglich vorbereiten und eine Vorlage für diese ausarbeiten. Die Mitglieder selber haben dann zu entscheiden und nicht das einzelne Mitglied. Er erwarte von gesunden Sinn unserer Mitglieder, daß sie der Erhöhung zustimmen werden. Wenn in der Diskussion gesagt worden sei, daß neben der Beitragserhöhung so gut wie keine Erhöhung der Gegenleistung in Aussicht gestellt werde, dann treffe das nicht zu. Die volle Anrechnung der gesamten Beiträge solle eine ganz wesentliche Belastung der Verbandskasse dar, die er im einzelnen erklärte. Es sei ihm unverständlich, daß in Orten, in der die Arbeiterzeitung einen ausschlaggebenden Einfluß auf die städtischen Verwaltungen ausüben in der Lage ist, sie nicht verhindern kann, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung auf die staatliche Unterstützung angerechnet wird. Redner geht auf die in der Diskussion gemachten Einwendungen gegen die Vorlage des Vorstandes in einzelnen ein. Er habe ganz bestimmt geäußert, daß der Beitrag nach über diese Vorlage hinausgehen werde, soweit die Beitragserhöhung in Frage komme. Das als Gegenpart an die Band gemalte Antistreitgesetz werde nicht in der Lage sein, Streiks zu verhindern. Andernfalls werde die Arbeiterzeitung wieder geschlossen zusammenzufassen, um ein solches Gesetz zu beseitigen. Es helfe alles nichts, wir müssen uns auf große künftige Kämpfe rüsten. Das zeige die Haltung des Verbandes deutscher Buchbindermeister und des Deutschen Buchbindervereins zur Genüge. Es werde keinen Menschen geben, der diese Zeichen nicht richtig würdigen werde, darum könne der Vorlage des Vorstandes nur zugestimmt werden.

Henkes-Pomm betont, daß es sehr angebracht sei, wenn unsere Finanzverhältnisse ausgebessert werden. Die Notwendigkeit der materiellen Rüstung erkennen selbst bürgerliche Vereinigungen an. Er erwähnte eine solche, die von ihren Mitgliedern zur Stärkung ihrer Kasse einen Anteil von 100 Mk. fordere. Das sei sehr nachahmenswert. Die ganze wirtschaftliche und politische Lage zwingt zu einer Ausbesserung der Verbandskasse. Weiter befragt er eine Verminderung der Beitragsklassen auf drei, die 2. und 4. Klasse wären zu freieren. Auch dadurch würde eine Mehrerinnahme für die Verbandskasse sich ergeben. Der Vorlage des Vorstandes könne er freilich nicht reslos zustimmen. Er schlägt vor, bei drei Beitragsklassen für die 1. Klasse 70 Pf., für die 2. Klasse 1,40 Mk. und für die dritte Klasse 2,80 Mk. Beitrag zu erheben. Der Klasse 1 sollen alle über 16 Jahre alten Mitglieder, der Klasse 2 alle über 16 Jahre alten Arbeiterinnen und alle Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren und der Klasse 3 alle männlichen Mitglieder über 18 Jahre angehören. Den übrigen Punkten der Vorlage stimmt er im Prinzip zu, er fordert nur die Beseitigung einiger Ungleichheiten. Das Unterstützungswesen ergibt sich dann nach der Beitragsklassenzahl. Auch die lokalen Ausgaben der Zählstellen haben sich erheblich gesteigert, und deshalb müssen auch deren Einnahmen auf eine gesunde Basis gestellt und könne der Projekt der lokalen Anteile nicht gekürzt werden.

Berichte.

Gresfeld. Die am 28. Mai stattgefundenen öffentliche Versammlung besaßte sich ausschließlich mit dem gefällten Schiedspruch und mit dem Angebot der Arbeitgeber. Früher gab den Bericht über den Schiedspruch, welcher eine Lohnerhöhung für Gehilfen von 15 Proz. und für Kolleginnen von 10 Proz. bringen würde. Sodann erklärte er, daß die Herren Arbeitgeber diesen Schiedspruch abgelehnt und uns ein weit niedrigeres Angebot gemacht hätten. Für Gehilfen unter 20 Jahren 10 Mk., über 20 Jahre 24 Mk. Dieser Aufschlag soll sofort im Fortfall kommen, wenn die Konjunktur nachläßt. Unsere Kolleginnen sind in diesem Angebot gar nicht erwähnt worden. Bauer sprach sich dahin aus, unter allen Umständen an dem Schiedspruch festzuhalten. Er fordert die Kollegen auf, mehr Interesse an der Sache zu haben und für einen guten Versuch der Vermittlungen zu sorgen. Nur dann wäre es dem Vorstand und der Lohnkommission möglich, im Interesse der Mitglieder zu arbeiten. Die Versammlung erklärte einstimmig, an dem Schiedspruch festzuhalten und gab dem Vorstande und der Lohnkommission den Auftrag, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Dresden. In einer am 10. Juni stattgefundenen Versammlung der in den Buch- und Steindruckereien sowie in der Luxuspapierbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wurde von der Verbandsleitung Bericht erstattet über die endgültige Stellungnahme, welche die Unternehmer hinsichtlich der von unserer Verwaltung eingereichten Forderung — Anerkennung des Reichstaxtarifs 2. Klasse — einnahmen. In haren Ausführungen gab Lange ein Bild über die Verhandlungen. Wenn auch die hiesigen Mitglieder durch allzu große Zugeständnisse der Unternehmer bisher wahrlich nicht verwöhnt worden sind, so halte man aber eine solche, jedem sozialen Empfinden hohnsprechende Haltung von diesen Herren denn doch nicht erwartet. Nicht nur, daß sie die Anerkennung des Reichstaxtarifs gänzlich ablehnen, nein, auch die darin vorgesehenen Löhne wollen sie unter keinen Umständen bewilligen. Lediglich eine Lohnausbesserung, die aber in gar keinem Verhältnis zu der ständig noch fortwährenden Verteuerung der Lebenshaltung steht, will man zugestehen. Daß aber diese Zugeständnisse noch weit hinter den Löhnen zurückbleiben, wie solche jetzt schon in den hiesigen Innungsbetrieben bezahlt werden, dafür scheint dieser bei weitem kapitalstärkeren Unternehmergruppe jedes Gefühl zu fehlen. Immer mehr bringen diese Herren durch ein solches Verhalten erneut zum Ausdruck, daß sie gar nicht daran denken, die Lohnfrage vom sozialen Standpunkt aus zu regeln, sondern daß sie diese lediglich als Maßfrage behandeln wollen. Wenn sich auch die Diskussion in der Versammlung dahingehend bewegte, daß die jetzige Wirtschaftslage es nicht geboten erscheinen lasse, solche Maßfragen jetzt zum Antrag zu bringen, war man aber auch zugleich der Ansicht, daß eine tariflose Zeit der Anerkennung solcher Zugeständnisse vorzuziehen sei. Wenn man deshalb unter den jetzt gegebenen Verhältnissen dem Verhalten der Unternehmer nicht mit anderen Maßnahmen begegnen will, bräde man doch zugleich auch zum Ausdruck, daß über kurz oder lang auch für unsere Mitglieder die Zeit kommen dürfte, wo es ihnen möglich sein wird, den Unternehmern das beimzugehören, was diese jetzt durch ihre brutale Profit- und Ausbeutungsgelüste an der Arbeiterzeitung verschlingen. Fast einstimmig gelangte eine in diesem Sinne gefaßte Resolution zur Annahme.

Lahr. In unserer Mitgliederversammlung am 19. Juni wurde zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Der Mitgliederstand der Zählstelle hat jetzt 1200 Mitglieder erreicht, und die Abzählstelle der Reichstaxtarife hatte eine Fülle Arbeit und Leben in die Organisation gebracht. Dann referierte Pir über die Verhandlungen zwecks Ausarbeitung eines einheitlichen Affordtarifs. Zu einem unterschiedlich anerkannten Affordtarif ist es bisher noch nicht gekommen. Die Arbeitervertreter haben erst die Wirkung der neuen Löhne sehen wollen, da sie den meisten Positionen nicht zustimmen konnten. Das unbillbare der Zustände hat sich auch sofort nach der ersten Woche gezeigt. Die Kommission hat deshalb bei den Arbeitgebern weitere Anträge eingereicht und eine nochmalige Prüfung der Sätze verlangt. Die Unternehmer haben dieses Verlangen abgelehnt. Die Mitgliederversammlung konnte den Affordtarif, wie er von den Unternehmern aufgestellt wurde, als den Tarifbestimmungen entsprechend nicht ansehen. Sie verlangte sofortige Revision auf der Grundlage der gestellten Forderungen.

Da jetzt die Verhandlungen über ein neues Lohnakkordkommen für die Eis- und Kartonnagenbranche stattfindet, hat sich die Versammlung eingehend mit der gegebenen Lage beschäftigt. Sie

erwartete, daß das neue Lohnabkommen die seit April immer noch anhaltende Steigerung der Lebenshaltung weitgehend berücksichtigt. Insbesondere erwartete sie, daß die Verhandlungen der Bahner Kollegenschaft endlich die restlose Anerkennung der 4. Ortsklasse bringt.

Ludenwalde. Auf eine harte Geduldsprobe wurde hier die Kollegenschaft gestellt. Erst in der 3. Verhandlung wurde die restlose Anerkennung des Mechsttarifs erzwungen. Trotzdem haben die Unternehmer Protest gegen die Einreihung unseres Ortes in die 3. Ortsklasse beantragt. Da die Lohnsätze des Mechsttarifs im Verhältnis zu den in den anderen Industrien am Orte gezahlten Löhnen viel zu niedrig bemessen sind, wurde unsererseits beantragt, Ludenwalde in die 2. Ortsklasse einzureihen. Vorläufig gaben die Unternehmer also die 3. Ortsklasse. Ferner nahmen die Unternehmer die von uns eingereichten neuen Grundlöhne (Affordpreise) an. Damit sind nun statt vielerlei Affordpreise in den verschiedenen Betrieben für gleiche Sorten und Formulare in allen Betrieben auch gleiche Preise. Dazu erhalten die Presser ab 1. Mai 600 Proz., ab 14. Mai 650 Proz. Eingeholt waren 700 Proz. bzw. 760 Proz. Daß nicht mehr herausgeholt wurde, lag an den Kollegen in verschiedenen Betrieben und deren Schindeln im Afford. Denn die Unternehmer haben in den Verhandlungen stets auf die höhere Durchschnittsleistung hingewiesen. Die Presserinnen an Handpressen sollen 375 bzw. 400 Proz. Zuschlag auf die Grundlöhne erhalten. Der Grundsatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit konnte auch jetzt wieder nicht zum Durchbruch gebracht werden. Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft zur Stärkung ihres Profits können die Herren Unternehmer eben nicht lassen. Leider enthält auch der Kartonnager-Mechsttarif keine diesbezügliche Bestimmung, im Gegensatz zu anderen Mechsttarifen unseres Berufes. Jedoch muß dieser Mangel beseitigt werden. Sind es doch nur zwei Firmen, Wöhne u. Danada und Grunewald, die auf diese Art den anderen Unternehmern am Orte die härteste Konkurrenz machen. Die Inhaber der beiden genannten Firmen hatten sich auf ihre Demofratie etwas zugute, aber nur, wenn es nicht gegen ihren Geldbeutel geht. Die außerordentliche Mitgliederversammlung nahm das Angebot der Unternehmer an, nachdem der Vorsitzende den Gang der Verhandlung dargelegt und nachdem er das Schindeln einzelner Kollegen einer Kritik unterzogen hatte. Mit diesem Punkt soll sich noch

eine Brandenburgerversammlung der Presser näher beschäftigen. Sodann machte der Vorsitzende noch Mitteilung von einem Vorgehen bei der Firma Knower, Papierfädelfabrik, wofür 6 Tage Ferien herausgeholt wurden, unter Fortzahlung des Lohnes bzw. Durchschnittsverdienstes. Zu einer 25proz. Erhöhung der in Lohn stehenden Kollegenschaft konnte sich diese Firma nicht entschließen, da nach ihrer Meinung eher an einen Abbau der Löhne zu denken sei. Weitere Schritte werden hier noch unternommen.

Wittenberg. Die Zahlstelle hielt am 11. Juni ihre Monatsversammlung ab. Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß Wittenberg von Ortsklasse V in Klasse IV des Mechsttarifs eingereiht ist, wurde mit regstem Interesse entgegengenommen. Die Lohnbewegung bei der Firma Derröse und Bismien führte endlich zur grundsätzlichen Anerkennung des Mechsttarifs. Die Durchsetzung des Mechsttarifs ist noch auf Schwierigkeiten gestoßen, doch weitere Verhandlungen werden geführt. Der Martellbericht gab zu einer regen Debatte Veranlassung. Lebhaftige Klagen wurden über die Entlohnung der in der Tütenbranche Beschäftigten laut. Die Zahlstellenleitung hat schon des öfteren auf verschiedenen Wegen versucht, für diese Kollegen und Kolleginnen etwas zu erreichen, doch immer mit nur geringem Erfolg. Der Hauptgrund zu den Unbelständen in der Tütenbranche wurde darin erblickt, daß bisher viel zu wenig Einseitliches geschaffen wurde. Jeder der Fabrikanten scheint der Meinung zu sein, daß er die besten Löhne zahle. Durch den Hinweis darauf, daß sich die Tütenfabrikanten Deutschlands kürzlich zusammengeschlossen haben, wurde der Antrag gestellt, die Vertretungsleute der Tütenbranche in allen Gauen zu einer Aussprache über unsere wirtschaftliche Lage aufzurufen. Der Antrag wurde angenommen. Die Zahlstelle bittet darum, sich eventuell an dieser Stelle zu äußern.

Neue Verhandlungen.

mit verschiedenen unserer Unternehmergruppen finden in diesen Tagen statt. Am 22. und 23. Juni soll in Berlin mit den Vertretern der Unternehmer aus der Geschäftsbuchbranche ein Zusatzvertrag für diese Branche zum Abschluß gebracht werden. Anschließend daran sollen am 24. und 25. Juni ebenfalls in Berlin über ein neues Lohnabkommen

mit den Glais- und Kartonagenfabrikanten Verhandlungen stattfinden.

Ebenfalls auch im Laufe des Juni — voraussichtlich am 28. — wird dann über ein neues Lohnabkommen für die Westpappenindustrie beraten werden.

Nachdem mit dem Deutschen Buchdruckerverein ein Abschluß nicht zustande kam, der Verband deutscher Buchbindereibesitzer aus den letzten Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen ausgeschlossen war, hat jetzt auch der Bund deutscher Buchbinder-Innungen nachträglich die von seinen Vertretern in Eisenach gegebene Unterschrift zu dem neuen Lohnabkommen für ungültig erklärt, obwohl namhafte Teile seiner Untergruppen auf deren Tagungen ihre Zustimmung gegeben haben. Danach besteht auch für die Betriebe des Bundes deutscher Buchbinder-Innungen zurzeit ein Lohnabkommen nicht und unsere Mitglieder in diesen Betrieben haben ebenfalls freie Hand, von ihren Arbeitgebern eine angemessene Entlohnung zu fordern. Die Unterstützung des Verbandes steht ihnen dazu im weitesten Maße zur Seite. Für den Verband deutscher Buchbinder-Innungen hat jedoch der Martelltarif nach wie vor seine volle Gesetzeskraft. Alle Bestimmungen derselben z. B. über die Ferienfrage usw. sind strengstens einzuhalten. Nichts sich ein jedes Mitglied hiernach.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 21. Juni bei der Verbandskasse ein, von Neudamm 510,43 Mk., Osterwieck — Mk., Galle a. S. 4500,— Mk., Nuhla 200,— Mk., Gau 11/18 5700,— Mk., Kirchheimbolanden — Mk., Gau 14/15 und Labr i. W. 6000 Mk., Neudlingen 1500 Mk., Müm a. D. 306,75 Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Kößlin, Torgau, Weichenfels, Biesdorf, Ebertsdorf, Hanau, Grimma und Freiburg i. W.

Wir erfordern die Verwaltungen dieser Zahlstellen dringend, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnungen zum schnellsten eingelandt werden.

Fr. Lender.

Geliebte Goldausträgerin

per sofort für dauernd gesucht.
Leipziger Buchbinderet Akt.-Ges.
vorm. Gustav Freitag
Schöneberg, Bahnstraße 20/30
(am Bahnhof Schöneberg).

Für Anfänger

Wertisch, Pressen, Breiter, Werkzeug u. etw. Material zu verkaufen.
W. Schäfer
Mannheim, Waldhofsstr. 43a.
Telephon 4231.

Setzwerk

1a, mittelstark in Gebinden zu ca. 1 kg. 100 Mk. per kg., in Sänuel zu ca. 50 gr. 5 Mk. per Sänuel. Gegen Voreinsend. des Betrages auf Postchekkonto Leipzig No. 62810 od. Nachnahme zugügl. Speien.
Franz Philipp, Leipzig-Gö.
Breitenfelder Straße 84.

Schlagmetall

- Celluloid, Bronze, Zinn, ●
 - Etelendruck- und Anilinfarben ●
 - Kunst Winklers Farbenhdln. ●
 - Berlin, Reichensbergerstr. 120, Hof. ●
- Schneidleisten, weißbuchen, empf. J. Habel, Ebersfeld, Gesundheitsstr. 74.**

Erwerbslosen-Zuschußkasse im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter der Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 2. Juli, abds. 5 Uhr, im Lokal „Zum Alexanderbrunnen“, Alexandrinenstraße 37a

Ordentliche Generalversammlung

Tagessordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Antrag des Vorstandes auf Veränderung des Beitrages und der Unterstützungen. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Recht zahlreicher Besuch erwartet

Der Vorstand.

Eine **Dappschere** Fabrikat Krause, Leipzig. Schnitt, 208 cm, fast 110 cm, Tischlänge 216 cm, Tischbreite 60 cm. Besonders kräftig gebaut, mit doppelter Messerpollenlagerung etc. und einem noch ungebrauchten Messerwechseleifer. — Eine fast neue

Ausstanzmaschine

Fabrikat Krause, Leipzig, 19 cm Durchmesser der Druckplatte, Tisch 27x22 cm, Ausladung 120 mm, größte und kleinste Einfahrt etwa 60 und 80 mm, Hub etwa 20 mm haben wegen Umstellung des Betriebes sofort abzugeben

H. C. Zellmer & Ermisch, Wanken i. Sa.

TAFELLEIM

Wo bisher Tafelleim (Knochenleim, Lederleim) gebraucht wurde, verwenden Sie jetzt unseren „Leimextrakt“: bezugscheinfrei; Anwendung und Bindkraft wie bei Tafelleim; haltbar, warm zu verarbeiten, kein minderwertiger Ersatz. Verlangen Sie Anerkennungs schreiben. Preis zurzeit 24,— Mk. p. kg ab Fabrik. Probepatete von 4 1/2 kg unter Nachnahme zu Diensten

Meißner & Co., chem. Fabrik, Mannheim, Industriehafen
Tel. 1875
Telegr.-Adr. Meißnerwerk

9000 Kg. graue Maschinenpappe
90 er, 100 er und 110 er per Kg. 6,75 Mk.

11000 Bg. blau Aktendeckel
35/44 Am. 25 u. 27,5 Kg. 8,— Mk. p. Kg.

Löschpapier und Löschkarton
sodort ab Lager lieferbar

Verlag Lauban 52